

# DIE ZEIT

**25/1999**

Fremd im eigenen Land

Ostdeutsche zwischen Trauer, Ressentiment und Ankunft in der Bundesrepublik

Annette Simon

Fremd im eigenen Land?", lautete der Titel einer Arbeitsgruppe auf einer Tagung in Erfurt im Frühjahr 1998. Am Vorabend der Veranstaltung wurden die Teilnehmer von den Honoratioren begrüßt. Der Redner, der für den Bürgermeister sprach, bezog sich in seinem Grußwort ganz besonders auf diese eine Arbeitsgruppe. Fremd im eigenen Land - das sei das Gefühl vieler Bürger auch in dieser Stadt. Anscheinend war es auch seins. Ein Amtsträger dieses Staates in einer Kommune, der sich fremd fühlt in diesem Staat?

Er gehört offenbar zu den zwei Dritteln der Ostdeutschen, die sich laut *Sozialreport 1998* nicht als Bundesbürger empfinden. Ein Gefühl, das benutzt wird: Mein 19-jähriger Sohn wurde im vergangenen Jahr als Erstwähler von allen Parteien umworben. Die PDS schickte ihm mit ihrem Anschreiben eine CD mit einem Song, dessen Refrain war: "Das ist immer noch mein Land." Auch die rechten Parteien bedienen das Gefühl der Fremdheit, agitieren gegen Ausländer und "Überfremdung". Die Gefühle des Ausgegrenztseins und des Nichtdazugehörens der neuen Bundesbürger - wie kann man sie erklären? Und warum fühlen sich heute sowohl einstige Gegner als auch einstige Befürworter der DDR fremd in der Bundesrepublik?

Die DDR war eine Gesellschaft, die sich selbst nicht kannte, weil jeder öffentliche politische Diskurs fehlte. Dadurch konnte auch nicht deutlich werden, dass sie eine tief gespaltene Gesellschaft war, die sich in Menschen teilte, die für, und solche, die gegen das herrschende System, die herrschende Ideologie waren. Innerhalb dieser Spaltung konnte es unzählige verschiedene Biografien geben. Jemand konnte für den Sozialismus sein, aber in konspirativen Zirkeln gegen das herrschende System arbeiten. Eine andere konnte den Sozialismus aus religiösen Gründen zutiefst ablehnen, aber als ganz angepasste Bürgerin leben.

Alles in der DDR gruppierte sich um die Gretchenfrage: Wie stehst du zu diesem Staat? Dieses quasipersönliche Verhältnis ging die DDR zu jedem ihrer Bürger ein. Sie forderte ständig Loyalität. Mehr oder weniger demagogisch befragt, sollte man dauernd dazu Stellung nehmen, ob man auf der Seite der Arbeiterklasse, des Friedens und des Fortschritts stehe - oder etwa nicht. Weil ihr lange die außenpolitische Anerkennung fehlte und weil ihre innere Stabilität immer wieder infrage gestellt wurde, wollte die DDR von ihren Bürgern ständig die Versicherung hören, dass man zu ihr halte.

Jedenfalls kenne ich diese Frage vom ersten Schultag bis fast zum letzten Tag des Bestehens der DDR. Immer wieder wurde ich nach meinem Studium gefragt, wie ich denn meinen Dank dafür zeigen würde, dass der Arbeiter-und-Bauern-Staat mir ein Studium ermöglicht habe. Am 40. Jahrestag dieser DDR wurde ich nach der Verhaftung mit meinem Mann gerade auf einen Lastwagen geladen, als über uns die Feuerwerkskörper zur Feier dieses Jubiläums explodierten.

Propaganda und Ideologie vermittelten ständig, dass der Staat DDR für seine Bürger, für "unsere Menschen" da sei und sich um sie Sorge. Sie wiederum hätten dafür dankbar zu sein, indem sie zu ihm hielten. Auch wenn viele diese Propaganda nicht glaubten, sie durchschauten und sich über sie lustig machten, wurden sie doch ständig in diese Bekenntniszwänge eingeklemmt. Im Extremfall drohte der Tod an der Mauer, wenn jemand illegal weggehen, die Loyalität wirklich konsequent aufkündigen wollte.

"Wie ist der politisch?", war die erste Frage meines Mannes bei jeder neuen Bekanntschaft zu DDR-Zeiten. Es war eine existenzielle Frage, sie bedeutete: Auf welcher Seite steht der? Auch wir waren gezwungen, die Freund/Feind-Polarisierungen nachzuvollziehen. Damit war man in der DDR in politischen Fragen immer irgendwie ganz persönlich gemeint und angesprochen. So fordernd und eng tritt die Bundesrepublik nicht an einen heran. Manche mögen dies als Lieblosigkeit dieses Staates ihnen gegenüber empfinden. Wenn man sich jahrzehntelang in einer engen Umklammerung befand, wird die Lockerung dieser Klammer vielleicht als Aufkündigung von Zuwendung und Wärme erlebt - als ausgrenzende Gleichgültigkeit, und damit als fremd.

#### *Distanz zum Staat und stetes Misstrauen gegen seine Institutionen*

So können manche ehemalige Oppositionelle durchaus das Gefühl haben, dass ihre Meinung und ihr politisches Auftreten in einem viel geringeren Maße ernst genommen werden und in der Meinungsvielfalt untergehen. Das Gegenüber DDR, das sofort aufschrie, wenn man es kritisierte, ist nicht mehr da. Die Reaktion auf jedwede Meinungsäußerung ist jetzt ungleich leiser, als man es von früher gewohnt ist. Das Engagement wird vom Öffentlichkeitsmarkt geschluckt und binnen Tagen verdaut. Dieser ungewohnt dünne Widerhall trägt auch zum unheimlichen Gefühl bei.

Ganz andere Gründe für Entfremdungsgefühle hat mein ehemaliger Geschichtslehrer, ein eindeutiger Parteigänger der SED, Arbeiterkind. Nach der Grundschule ging er für zwölf Jahre zur NVA. Danach gab die DDR ihm die Möglichkeit, zu studieren und Lehrer zu werden. Diese ehemaligen Offiziere wurden Staatsbürgerkunde- und Geschichtslehrer mit mehr oder weniger pädagogischem Geschick. Mein Lehrer identifizierte sich vollkommen mit dem Marxismus-Leninismus und mit dem Staat DDR. Er war überzeugt, auf der besseren deutschen Seite zu stehen, und seine Ideologie gab ihm Halt und Stütze für sein Leben. Als Geschichtslehrer sah er die Geschichte - als Geschichte von Klassenkämpfen - in einer ständigen Höherentwicklung begriffen; damit war die DDR eine geschichtliche Epoche weiter als die BRD. Sein Weltbild bestand aus solchen zutiefst verinnerlichten Glaubenssätzen. Er sah auch wirklich nicht Westfernsehen. Als ich 1968 zusammen mit anderen eine nicht zensierte Wandzeitung zur Abstimmung über die neue Verfassung der DDR machte, in der wir uns mit dem fehlenden Artikel über Meinungsfreiheit aus der alten Verfassung auseinander setzten, verstand er unser Anliegen zunächst überhaupt nicht. Was wir diskutieren wollten, war ihm fremd. Kurz danach war er sich in seiner Verurteilung ganz sicher: Konterrevolution. Gleichzeitig konnte er mich zum Beispiel gut leiden, weil ich mich als eine der wenigen überhaupt engagiert an seinem Unterricht beteiligte. Trotzdem hätte er jederzeit für meine Entfernung von der Schule gestimmt, wenn es so weit gekommen wäre.

Nach 1989 sagte er: Nun hat die andere Seite gesiegt. Das war ehrlich: Sein Weltbild ist zusammengebrochen. Die Werte, für die er gelebt und die er vertreten hatte, zählen nicht mehr. Er ist jetzt wahrscheinlich ein verbitterter Rentner und überzeugter PDS-Wähler. Er muss aber an seinem Weltbild nichts verändern. Wenn die anderen gesiegt haben, dann ist er eben der Verlierer und kann sich in Rechthaberei einmauern - und mit dauerndem Ressentiment das Treiben in

diesem Land betrachten, das nicht mehr seins ist. Seine Fremdheit in der Bundesrepublik wird nur durch die PDS aufgefangen, und daher ist es auch gut, dass es diese jetzt in demokratische Spielregeln eingebundene Partei gibt, obwohl ich ihr erbittert kritisch gegenüberstehe.

"In diesem Lande leben wir / wie Fremdlinge im eigenen Haus." Kein Gedicht von Wolf Biermann hat das Lebensgefühl der Oppositionellen in der DDR besser auf den Punkt gebracht als dieses. Nach dem Scheitern des Prager Frühlings 1968 und den darauf folgenden Abstrafungen und Reglementierungen in der DDR entstand in einem Teil der damals jungen Generation das Gefühl, mit unserem Engagement weder gewollt noch gebraucht zu werden. Viele haben daraus die Konsequenz gezogen, das Land zu verlassen. Die geblieben sind, haben verschiedene Wege eingeschlagen, unter anderem haben sie geübt, in Distanz zum Staat zu leben und seinen Institutionen mit Skepsis und Misstrauen zu begegnen. Eine Haltung, die bis heute unter der Haut sitzt. Die Aufhebung der Fremdheit im eigenen Land war für uns der Herbst 1989. In diesem Aufbruch wurde die Selbstentfremdung der DDR, die durch die fehlende Öffentlichkeit und die verhinderte Wahrnehmung von Konflikten ein selbstmörderisches Ausmaß angenommen hatte, aufgehoben. "Wir sind das Volk" war eine zutiefst wahre Losung: Die Entfremdung des DDR-Volkes von sich selbst durch die herrschende Kaste wurde gebrochen, und es ging um die Rückeroberung von Öffentlichkeit und Identität.

Leider war dieser Prozess zu kurz. Zu schnell wurden, bis ins Detail, alle Strukturen der Bundesrepublik übernommen. Das Eigene, das begonnen hatte, sich zu bilden, musste zwangsläufig zurückgenommen werden. Die Opposition, die zuvor in Wohnstuben im eigenen Saft geschmort hatte, hatte gerade erst begonnen, sich in der öffentlichen Artikulation zu üben, im Gebrauch von politischer Macht. Nach den Wahlen von 1990 war klar, dass diese politische Macht nun hauptsächlich an Machtträger aus dem Westen gehen würde.

*DDR-Nostalgie bedeutet nicht, dass die Menschen wieder so leben wollen*

Hier beginnt auch ein Prozess erneut einsetzender Entfremdung. Und zwar nicht jener Art von Entfremdung, die sich nach einer euphorischen Phase einstellt, wenn die selbst geschaffene neue Ordnung enttäuscht, sondern einer viel schwerwiegenderen: Die Entfremdung von einer Ordnung, die zwar selbst gewählt war, aber dann doch als von außen übergestülpt erlebt wurde. Psychologisch geschickt wurde die Vereinigung sowieso nicht vollzogen. Welches symbolisch sichtbare Zeichen gab es für unser Dazukommen? Welche Anerkennung für die Leistung unserer Selbstbefreiung? Weder wurde eine neue gemeinsame Hymne gefunden noch eine neue Verfassung entworfen. Die Herren Regierenden dachten auch nicht daran, sich etwas schneller nach Berlin zu bewegen und Bonner Bequemlichkeiten aufzugeben. In den jetzt manchmal fast lächerlich anmutenden Kämpfen um den Erhalt des Palastes der Republik oder um Straßennamen sehe ich Versuche, wenigstens irgendwelche Zeichen zu retten, dass es die DDR einmal gegeben hat. DDR-Nostalgie bedeutet nicht, dass diejenigen, die in ihr schwelgen, wieder so leben wollen wie damals. Es geht vielmehr um ein Sichtbarmachen des inzwischen versunkenen Landes, einer versunkenen Kultur, wie kulturlos sie manchmal auch gewesen sein mag.

1989 war gerade das Gefühl entstanden, man könne selbst die Verhältnisse gestalten. Nun sollten wir einer anderen Gestalt einfach nur beitreten. Sehr schnell ging es darum, sich neue, wirklich fremde Strukturen aneignen zu müssen, sich in sie einzupassen. Das war nicht nur schmerzlich, viele konnten endlich auch Langersehntes tun: Reisen, sich im Beruf produktiver einbringen, sich öffentlicher äußern. Um von den neuen Umständen zu profitieren, brauchte man freilich eine günstige Ausgangsposition: das richtige Alter, einen gefragten Beruf und die Fähigkeit, sich flexibel Neues anzueignen. Viele hatten diese Möglichkeiten und Chancen nicht, sie wurden arbeitslos. So verbinden sich alte und neue Gefühle von Ohnmacht. Nie werde ich die Arbeiterin

aus dem Dokumentarfilm von Volker Koepp *Wittstock, Wittstock vergessen*: Sie berichtet von ihrer Entlassung und wie ihr alter und zugleich neuer Chef zu ihr sagt: Ja, wärt ihr nicht auf die Straße gegangen ...

Wenn man sich dann noch an den Kriterien der Leistungsgesellschaft misst - wie es viele DDR-Bürger anscheinend zwangsläufig tun -, könnten sie sich ständig die Wunden lecken: Da sind wir immer diejenigen, die weniger gereist sind, bestimmte Bildung nicht erwerben konnten und ganz objektiv ärmer sind. Es gibt sehr viel weniger Besitz im Osten: Die Westdeutschen verfügen im Durchschnitt über dreimal so viele Ersparnisse als ostdeutsche Haushalte. In Westdeutschland verfügt immerhin jeder zweite Haushalt über Wohn- und Grundeigentum, in Ostdeutschland nur jeder vierte. (Deswegen war auch die Entscheidung Rückgabe vor Entschädigung - gelinde gesagt - sehr unbedacht.) Vom Produktivvermögen will ich hier schweigen.

Da mutet es schon sehr arrogant an, wenn ein westdeutscher Journalist sagt, die Ostdeutschen müssten endlich lernen, soziale Ungleichheit zu ertragen. "Wer mehr leistet, hat auch mehr." Was soll man zu so viel Ignoranz sagen? Die Westdeutschen konnten in ihrer Gesellschaft Kapital erwirtschaften - die Ostdeutschen konnten es nicht. Einige Westdeutsche müssten vielleicht lernen, könnte man darauf antworten, soziale Ungerechtigkeit noch als eine zu beachtende Größe wahrzunehmen. Viele Ostdeutsche sehen für die Rettung ihres Selbstbewusstseins nur den Weg, die alten Werte hochzuhalten und sich beinahe trotzig vom Westen abzugrenzen.

Andererseits habe ich auch die Erfahrung gemacht, wie die Leute um mich herum sich stabilisieren, indem sie bestimmte Lebensarrangements unter veränderten Möglichkeiten einfach nur fortführen: Ein Freund, der in der DDR eine betriebliche Leitungsfunktion hatte und gleichzeitig Mitglied in unserem konspirativen Zirkel war, ist jetzt für die PDS Stadtrat und sitzt abends in einer linksautonomen Kneipe. Die Bekannte, die immer auf den Staat schimpfte und sich gleichzeitig in ihrem alltäglichen Leben arrangiert hatte, sitzt in ihrer neuen Boutique und schimpft auf die Marktwirtschaft.

Und vielleicht setze ich auch nur mein altes Muster des beruflichen Engagements einerseits und des Sichfremdfühlens im eigenen Land andererseits fort? Ist dieses Fremdsein vielleicht eine Abwehrfigur? Was wird abgewehrt? Vielleicht nicht einmal so sehr dieser Staat, sondern die Zugehörigkeit zu dieser deutschen Nation, die in diesem Jahrhundert ja eine mörderische war?

Wenn man fremd ist, ist man nicht ganz so zuständig für die Zustände, in denen man lebt. Wäre die DDR ganz mein Land gewesen, wären die Todesschüsse an der Mauer völlig unerträglich, und ich hätte mich jeden Tag mit einem Protestplakat auf den Alexanderplatz stellen müssen. Wäre dieses neue vereinigte Deutschland ganz mein Land, müsste ich mich politisch noch viel stärker engagieren, um meinen Ansprüchen zu genügen. Entfremdung ist dann nicht nur ein Gefühl, sondern ein konflikthafter Prozess, an dem ich aktiv beteiligt bin - und den ich auch aufheben kann, indem ich mich mehr einlasse. Mich darauf einlasse, noch in diesem Jahrhundert wieder in einem großen Deutschland zu leben, dieser Nation anzugehören und mich mit ihr und in ihr zu engagieren - in Schmerz, mit Verantwortung und vielleicht auch Freude.

*Annette Simon, 47, ist Psychoanalytikerin in Berlin*

50 Jahre Bundesrepublik, 40 Jahre DDR plus 10 Jahre Fall der Mauer: Wie wurde Deutschland, was es ist? Und wie soll es in Zukunft sein? Eine ZEIT-Serie zum Jubiläumsjahr

50 Jahre Bundesrepublik, 40 Jahre DDR plus 10 Jahre Fall der Mauer: Wie wurde Deutschland, was es ist? Und wie soll es in Zukunft sein? Eine ZEIT-Serie zum Jubiläumsjahr

